

Ressort: News

Flüchtlingsdebatte: Union erwägt Verfassungsänderung

Berlin, 26.08.2015, 07:39 Uhr

GDN - Um direkte Zahlungen des Bundes an die Kommunen für die Flüchtlingsversorgung zu ermöglichen, debattiert die Union über eine Grundgesetzänderung. "Wenn der Bund mehr Geld gibt, muss gleichzeitig durch eine Vereinbarung mit den Ländern sichergestellt werden, dass das zusätzliche Geld für Flüchtlinge komplett bei den Kommunen ankommt", sagte der Chefhaushälter der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg, der "Rheinischen Post" (Mittwochausgabe).

"Sind die Länder zu einer stringenten Vereinbarung nicht bereit, muss über eine Grundgesetzänderung diskutiert werden, mit dem Ziel, dass dann der Bund direkt Geld für Flüchtlinge an die Kommunen durchreichen kann", sagte der CDU-Politiker. Nordrhein-Westfalen etwa trage bisher nur 30 Prozent der Flüchtlingsausgaben seiner Kommunen. Nach der Verfassung sind direkte Zahlungen des Bundes an die Kommunen nur in eng definierten Ausnahmefällen zugelassen. Die von den Grünen mitregierten Länder seien bereit, einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, falls diese nötig werde, sagte die Grünen-Politikerin Anja Hajduk der Zeitung. "Eine Verfassungsänderung darf kein Tabu sein", sagte auch Hajduk.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-59466/fluechtlingsdebatte-union-erwaegt-verfassungsaenderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619